



GENDER
OPEN
REPOSITORY

Repository für die Geschlechterforschung

Feministisch Wissen schaffen: Erreichtes, in Arbeit und immer noch zu tun

Fuchs, Gesine; Graf, Patricia
2021

<https://doi.org/10.25595/3731>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fuchs, Gesine; Graf, Patricia: *Feministisch Wissen schaffen: Erreichtes, in Arbeit und immer noch zu tun*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 30 (2021) Nr. 1, 9–16.
DOI: <https://doi.org/10.25595/3731>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v30i1.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Feministisch Wissen schaffen

Feministisch Wissen schaffen: Erreichtes, in Arbeit und immer noch zu tun

GESINE FUCHS, PATRICIA GRAF

Methoden in ihrer Vielfalt und ihrem Verknüpfungspotenzial bilden das innere Gerüst jeder Forschung und bestimmen in hohem Maße mit, welche Erkenntnisse gewonnen werden können. Das wird in der aktuellen Covid-19-Pandemie besonders sichtbar: Mit welchen Methoden soll erforscht werden, wer wie betroffen ist oder welche Lösungsansätze Erfolg versprechen? Als wir den Schwerpunkt für das vorliegende Heft planten, stand die aktuelle Krise noch bevor. Die *Femina Politica* beschäftigte sich mit den Identitären Bewegungen und Politiken der Generativität. Inmitten dieser thematischen Debatten wollten wir innehalten und uns, im Sinne von Ackerly und True (2018, 260) fragen, was der aktuelle Methodenstand feministischer und Geschlechterforschung ist und welche Fragen wie gestellt werden müssten, um kritisch und datenbasiert Wissen zu schaffen. Wir stellten fest, dass es höchste Zeit für eine Selbstbeschau wäre, denn zuletzt hatte die *Femina Politica* 1997 ein Heft dem Stand der Methodenentwicklung gewidmet.

Dabei ist das Nachdenken darüber, was warum als gültiges Wissen gelten soll (Epistemologie), die Theorie und Analyse darüber, wie mit Forschung Erkenntnisse gewonnen werden (Methodologie) und schließlich mit welchen konkreten Forschungswerkzeugen die Fragestellungen bearbeitet werden können (Methoden) (Stauffer/O'Brien 2019, 153) ein integraler Bestandteil feministischer Wissenschaft. Einige Beiträge von damals gehören inzwischen zum Kanon der Methodenausbildung. Bei anderen stellten wir fest, dass die Bestandsaufnahme noch heute Gültigkeit hat. So konstatierte Hofmann (1997, 43), dass der Forschungsverlauf politikwissenschaftlicher Untersuchungen idealisiert dargestellt wird als „durchgeplantes und steuerbares Unternehmen“. Ein Blick in gängige Methodenbücher zeigt, dass sich wenig geändert hat. Im aktuellen Schwerpunkt gibt es sechs Beiträge, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Weiterentwicklung der Methoden beschreiben und reflektieren, was feministische Forschung für Epistemologien und Methodologien bedeutet.

Feministische Perspektiven auf Erkenntnistheorie

Feministische Perspektiven sind essenziell für Erkenntnisse zu Geschlecht und Politik. Feministische Kritik in der Politikwissenschaft hatte sich zuerst an positivistischen Grundhaltungen und verengten Konzeptualisierungen vielfältiger Wirklichkeit entzündet. Deren Erkenntnislogik, implizite Vorannahmen und die Weltsicht der Forschenden wurden problematisiert und damit zum Analysegegenstand erhoben. Daraus entwickelten sich drei Aufgaben, die die feministische Politikwissenschaft bewältigen muss im Bestreben, eine Analyse der Geschlechterverhältnisse in die Kerngebiete der Disziplin zu bringen. Diese drei Aufgaben folgen forschungsgeschichtlich aufeinander, doch keine von ihnen ist heute gelöst, sondern im „Rad der Wissenschaft“ beziehen sich theoriekritische, empirische und theoriegenerierende Zugänge fortlaufend aufeinander.

Erstens gilt es, den Ausschluss von Frauen aus gängigen politischen Theorien und die Ausblendung gesellschaftlicher Machtverhältnisse zu kritisieren. Im Kern geht es um die vorgeblich klare, doch konstruierte konzeptionelle Trennung von öffentlicher und privater Sphäre: Wenn sich Politikwissenschaft mit öffentlicher Sphäre beschäftigt, bedient sie sich eines historisch wandelbaren und spezifischen Konzepts, das zudem vielfältige Wechselbeziehungen zu anderen Sphären aufweist. Ein Beispiel für die methodologischen Rekonzeptionalisierungen, die nötig sind, um diese konzeptionelle Trennung zu dekonstruieren, zeigt Yashodhara Haller in diesem Heft mit ihrem Beitrag zur Rolle von Eltern als Subjekte in der Familienpolitik. Indem sie die private Sphäre der elterlichen Arbeitsteilung mit in die Analyse aufnimmt, bezieht sie die Wechselbeziehungen zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre in ihre Wirkungsanalyse mit ein.

Zweitens ist mit der Rekonzeptionalisierung die Kritik an Methodologien, sexistischen Vorannahmen und engen Definitionen des Politischen verbunden. Im Sinne eines feministischen Empirismus sind Untersuchungen relevant, die Geschlecht in die Gegenstandsbereiche der Politikwissenschaft integrieren, ohne zugleich bereits mit einer Rekonzeptualisierung von Begriffen aufwarten zu können. Dies ist in einer Disziplin, die wenig von ihren geschlechtersensiblen Rändern aufnimmt, nicht abgeschlossen, sondern stets aufs Neue notwendig. Wie Johannes Korak und Simon Fetz in diesem Heft zeigen, bedarf es dazu immer wieder einer Reflektion über die Forschenden selbst: Die Autoren hinterfragen das Bild der weiblichen feministischen Forscherin und diskutieren, wer eigentlich feministisch Wissen schaffen darf und kann. Sie rekurren auf das im Mainstream immer noch bedeutsame Bild der Wissenschaft als Lebensform (Weber 1919). Damit Männer feministisch Wissen schaffen können, bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Bild und damit mit den Institutionen des Wissens.

Drittens können schließlich aus epistemologischer und methodologischer Kritik, aus Empirie und Hypothesenprüfung Rekonzeptualisierungen politikwissenschaftlicher Begriffe entstehen und somit die Werkzeuge, um Zusammenhänge zwischen

Geschlecht und anderen sozialen Strukturverhältnissen erklären zu können. Damit bringt die feministische Epistemologie Normativität zurück in den Forschungsprozess. Denn feministischer Forschung geht es um die Transformation der Geschlechterverhältnisse. Andere Forschungsbereiche können sich diese Normativität (erneut) aneignen und ihre Forschungsfragen wieder stärker davon leiten lassen (vgl. dazu Ackerly/True 2018, 262).

Diese Normativität impliziert eine andere Positionierung der Forschenden selbst und eventuell einen Verzicht auf die Erhebung immer neuer Primärdaten. Der Anspruch, bisher Ununtersuchtes sichtbar zu machen, bedarf der Arbeit mit Minderheiten, zu Armut oder in Konfliktsituationen. „It may be an additional burden to some research subjects to be interviewed and, in some instances, collecting data may do further harm without providing services to these participants, who may have experienced significant violence and discrimination“ (Ackerly/ True 2018, 269). Bei vielen Forschungsfragen geht es feministisch Forschenden also nicht darum, einfach nur Daten zu sammeln, um Theorien zu testen – auch wenn eine Replikation von Studien die Ansprüche auf Generalisierbarkeit stärken können (ebd.). Gerade die Verfügbarkeit von großen Datensätzen oder von Aggregatdaten (sei es zum Regimetypus, dem Stand der Frauenrechte, der Demokratie oder der Gewerkschaftsdichte) hingegen verführt dazu, vor allem datenorientiert zu forschen, sich dabei immer ausgefeilterer Methoden zu bedienen, aber vor allem jene Fragen zu bearbeiten, für die es Daten gibt. Welche Daten wie erhoben und operationalisiert werden müssten, um auf eine Transformation der Geschlechterverhältnisse hinzuwirken, gerät somit aus dem Blick.

Hier setzen die beiden Beiträge von Mariam Malik, Teresa Wintersteller und Veronika Wöhrer sowie Alena Sander in diesem Heft an. Mit der Untersuchung von Einverständniserklärungen im Forschungsprozess und den dabei auftretenden Geschlechteraspekten geht der erste Beitrag der Frage nach, wie in Forschung involvierte Personen informiert zustimmen können. Sander wiederum greift die Care-Ethik von Fisher und Tronto auf. Am Beispiel der Forschung zu Jordanien entwickelt sie ihren Ansatz, der daraus besteht, Beziehungen auf Augenhöhe mit den Beforschten zu etablieren und zu überlegen, was nötig ist, um den Anspruch feministischer Epistemologie einzulösen, nämlich eine Verbesserung der Lebensverhältnisse herbeizuführen. Feministische Epistemologien und Methodologien fordern eine Verortung des eigenen Standpunkts. Wie Haraway (1995) zeigte, lässt sich Wissen nicht einfach objektiv gewinnen, sondern ist immer situiert (zitiert in Norkus/Baur 2019, 483f.). Die Care-Ethik hilft, das postkoloniale Verhältnis Forschende aus dem globalen Norden – Beforschte aus dem globalen Süden – zu überwinden.

Darum: Feministische Methodologien, keine genuin feministischen Methoden

Methodologien und Methoden entwickeln sich in der feministischen Politikwissenschaft in kritischer Auseinandersetzung sowohl mit Fortschritten im politikwissen-

schaftlichen Mainstream (etwa in quantitativen Designs und fortgeschrittenen multivariaten Analysemethoden) als auch mit Methoden, die ursprünglich in anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen entwickelt wurden wie Diskursanalysen oder ethnografische Methoden.

Feministische Methodologien machen „the invisible visible and the familiar strange, and can open up the gendered nature of politics and the politics of gender relations.“ (Ackerly/True 2018, 260). Sie helfen also, die vergeschlechtlichten ungerechten Dynamiken zu entdecken und deren Persistenz zu erklären. Sie identifizieren wichtige Fragen, klären Konzepte und leiten Forschungsprozesse an, gerade weil feministische Perspektiven machtkritisch und an Konsequenzen orientiert sind, nämlich darauf gerichtet, diskriminierende und ungleiche (Geschlechter-)Verhältnisse in Bezug auf Repräsentation, Umverteilung und Anerkennung zu verändern (Ackerly/True 2018, 260f.). Hier setzt der Beitrag von Anne Cress an. Sie zeigt mit der Situationsanalyse auf, dass Politik in sozialen Welten stattfindet, die eine Vielzahl von Akteur*innen miteinschließen, die beim gängigen Einsatz von Methoden oft übersehen werden. Indem diese Akteur*innen sichtbar gemacht werden, wird der Anspruch realisiert, den Hofmann (1997, 43) formulierte: Forschungsrealität sei nicht als geordneter Prozess sondern als „abenteuerliche(...) Reise durch unübersichtlich-labyrinthische Landschaften“ zu verstehen. Die Mapping-Techniken der Situationsanalyse, darunter die Messy Maps, die Cress für die Politikfeldanalyse fruchtbar macht, tragen diesem Perspektivwechsel Rechnung.

Ein schneller Vergleich zwischen damals und heute suggeriert, dass sich hinsichtlich der Anwendung von Methoden so viel nicht getan hat: Es geht um Interviewforschung, Gruppendiskussionen, Diskursforschung. Doch neu ist die kritische Reflexion im Umgang mit Methoden. Der Beitrag von Judith Conrads nimmt Coming of Age Prozesse bei Jugendlichen in den Blick. Die Autorin untersucht mit Gruppendiskussionen, wie Zweigeschlechtlichkeit bei Jugendlichen im Diskurs hergestellt wird. Dabei reflektiert sie über die Methode der Gruppendiskussion als Prozess, in dem selbst bereits Geschlechtlichkeit hergestellt wird. Die Erkenntnis, dass in Gruppendiskussionen nicht nur bestehendes Wissen expliziert wird, sondern sein Zustandekommen direkt beobachtet werden kann, ist übertragbar auf Effekte in Expert*inneninterviews, bei denen sich Machtverhältnisse zwischen den Involvierten (re)konstituieren (vgl. Abels/Behrens 2002).

Diese Wechselwirkungen hat auch Haller im Blick. Sie untersucht, wie sich Familienpolitik durch den Leistungsbezug auf die egalitäre Arbeitsteilung von Eltern auswirkt. Dabei geht sie über klassische Policy-Analysen hinaus und prüft, wie Aushandlungen zwischen Eltern die Wirkung familienpolitischer Maßnahmen beeinflussen. Es bedarf der Verbindung von Daten durch ein Mehrebenen-design, um dieser Komplexität im Forschungsprozess gerecht zu werden. Gleichzeitig geschieht eine Umwandlung des Forschungsgegenstandes – die Eltern – von Leistungsempfänger*innen zu Politikgestalter*innen. Die Beiträge von Haller und Cress stehen für die Weiterentwicklung feministischer Politikwissenschaft. So ho-

ben Behning und Lepperhoff (1997) den Nutzen der Policy-Forschung und ihrer Methoden für feministische Politikwissenschaft hervor. Heute zeigt sich, welchen Nutzen feministische Epistemologie und Methodologie für eine informierte Policy-Forschung mit sich bringt.

Während Epistemologien und Methodologien ein klares feministisches Profil haben, hat sich die Entwicklung oder Definition genuin feministischer Methoden als unmöglich herausgestellt; vielmehr hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass alle Methoden für feministisches Erkenntnisinteresse und zur Analyse struktureller Ungleichheitsverhältnisse eingesetzt werden können. Nicht zuletzt darum sind Mixed-Methods-Studien beliebt und weit verbreitet, also Untersuchungen, die qualitative und quantitative Zugänge sowie unterschiedliche Daten kombinieren. Sie versprechen umfassendere Erkenntnisse (Norkus/Baur 2019; vgl. Ackerly/True 2018, 268) und eine höhere Reliabilität beider Datensätze. Es kommt also vor allem auf den kritisch-feministischen Einsatz der Methoden an.

Über welche Methoden müssen wir reden?

Das Aufkommen von Mixed-Methods-Designs hat das Spannungsverhältnis zwischen qualitativen und quantitativen Forschungslogiken nicht aufgelöst. Dies lässt sich auf methodischer und institutioneller Ebene zeigen. Die Politikwissenschaft kann bei qualitativen Designs auf entwickelte Methoden der Schwesterdisziplinen, allen voran der Soziologie, zurückgreifen. Das Spektrum möglicher Methoden scheint kaum ausgeschöpft. Adäquates Wissen um die Verknüpfung von qualitativen und quantitativen Methoden, die eine erkenntnisfördernde Triangulation erlauben und damit die Beantwortung gesellschaftspolitisch relevanter Fragen, wird im deutschsprachigen Raum kaum vermittelt (Baur/Blasius 2019, 2).

In der soziologischen universitären Lehre dominieren die quantitativen Methoden deutlich, was Lehrstühle und Curricula angeht (Hirschauer/Völkle 2017). Nur an vier Standorten findet sich die Mixed Methods Lehre im Curriculum. Gerade diese, so zeigt der aktuelle Stand der Debatte, sind für eine in der Empirie basierte feministische kritische Wissenschaft nötig. Sozialwissenschaftliche Professuren zu Gender Studies andererseits bieten ein qualitatives Methodencurriculum. Damit perpetuiert sich die qualitative Tradition der Gender Studies (so auch in diesem Heft), welche das Potenzial quantitativer Methoden und Datensätze nicht ausschöpft. Für die politikwissenschaftliche Lehre fehlen entsprechende Erhebungen, die kursorischen Blicke ins Web bestätigen aber diese Tendenzen.

Die Nutzung quantitativer Methoden ist in der angloamerikanischen politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung hingegen weit verbreitet. Eine Analyse dreier wichtiger Zeitschriften¹ zeigte 2019, dass etwa die Hälfte mit quantitativen Datenauswertungen und ein Zehntel mit experimentellen Designs arbeitete (Stauffer/O'Brien 2019), vor allem im Bereich der politischen Repräsentation, des politischen Verhaltens und der politischen Institutionen. Quantitatives Forschen scheint

in diesem Kontext auch Sache feministischer Designs zu sein. Es bleibt offen, ob dies den Anreizstrukturen und Publikationsanforderungen nordamerikanischer und nordamerikanisch geprägter Politikwissenschaft begründet liegt oder ob im Sinne problemorientierter Forschung quantitative Methoden eingesetzt werden, weil sie für die in der aktuellen Wissenschaft gestellten Fragen am besten geeignet sind (Stauffer/O'Brien 2019, 161). Blicken wir auf die Texte in der *Femina Politica*, die im Schwerpunkt und im Forum (dem offenen Teil) zwischen 2010 und 2020 erschienen sind, so fällt auf, dass es zwar viele Beiträge mit anspruchsvollen empirischen Designs gibt, doch dass quantitative Methoden kaum eine Rolle spielen. So arbeiten acht mit deskriptiven statistischen Verfahren; sie alle beschäftigen sich mit politischer Repräsentation. Ein einziger Beitrag zum Gender Pay Gap präsentiert eine Regressionsanalyse (Busch/Holst 2010). Insgesamt sind dies um die 5% der Beiträge in den beiden Rubriken. Mehrere Erklärungen kommen in Frage und müssten genauer untersucht werden: Die deutschsprachige feministische Politikwissenschaft mag größtenteils skeptisch gegenüber den erkenntnistheoretischen Beschränkungen quantitativer Methoden sein; quantitativ gewonnene Analysen werden durchgeführt, aber anderswo publiziert; oder die behandelten Fragestellungen eignen sich nicht für quantitative Methoden.

Große quantitative Datensätze, ob national oder international, bieten noch viel ungehobenes Potenzial für die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung, gerade für Längsschnittdaten bzw. Datensätze im Zeitverlauf – wie das Sozioökonomische Panel SOEP oder der European Social Survey ESS und das International Social Survey Programme ISSP. Netzwerke von Geschlechterforscher*innen können Innovationsmodule, wie aktuell beim ISSP, nutzen, um relevante Variablen zu entwickeln und zu integrieren – etwa eine angemessenere Operationalisierung von Gender (siehe Diskussion bei Stauffer/O'Brien 2019, 164f., Ackerly/True 2018, 268).

Wie weiter? Forschungsbedarf!

Die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung hat vielfach von einem Methodenimport aus Psychologie, Soziologie, Ethnologie oder Erziehungswissenschaften profitiert. Ihm folgen muss jedoch eine Adaption, Weiterentwicklung und Neuerfindung. Hierzu braucht es sicherlich eine enge Vernetzung zum Thema Methoden. Ob und wie sich neue Ansätze bewähren und einen Platz im Repertoire finden, kann sich nur in der Forschungspraxis, in entsprechenden Kooperationen mit einer Reihe von verschiedenen Forschungsthemen zeigen. Die Beiträge in diesem Heft machen hierzu ein Angebot.

Einige Aspekte feministischen Erkenntnisgewinns sind im vorliegenden Heft nicht vertreten. Dazu gehören die Lage in den Unterdisziplinen (z.B. Internationale Beziehungen) oder eine Auseinandersetzung, wie quantitativ *und* feministisch Wissen geschaffen werden kann, denn ohne eine geschlechtertheoretische Verankerung wird mit quantitativen Methoden weiterhin vor allem Sexcounting betrieben werden.

Ebenfalls offen geblieben ist die Drittmittelforschung – ob also Anträge mit bestimmten Methoden, großen quantitativen wie qualitativen Datenmengen sowie einer eher binären Konzeptualisierung von Geschlecht bevorzugt werden oder ob es Widersprüche zwischen feministischer Forschungsethik und der Gewinnbarkeit von Drittmitteln gibt. Wie eine feministisch und intersektional informierte Forschungsethik aussehen muss, zeigen im Heft Malik, Wintersteller und Wöhrer mit ihrem Überblick zur Konzeptualisierung von Einverständniserklärungen.

Die wissenschaftskritische Perspektive bleibt ebenfalls ein Desiderat. Im vorliegenden Heft wird nicht auf Vergabepaxen von Forschungsförderorganisationen, weiter bestehende Geschlechterstereotypen in Forschungs-Designs und bei Karrieren (Berufungen, Denominationen, Publikationsnormen) eingegangen, welche allesamt konträr zu einer feministischen Praxis im Wissenschaftsbetrieb sein können. Ein erster Blick in die aktuelle Forschungslandschaft zeigt, dass noch viel Gleichstellungsarbeit in den Institutionen nötig ist, um feministische Methodologien in die Forschungspraxis zu übersetzen.²

Wie kann Methoden-Triangulation verwirklicht werden, wenn eine gemeinsame Analyse qualitativer und quantitativer Daten doch „mitunter schwierig“ ist (Baur/Blasius 2019, 7)? Wir erkennen hier ein spannendes Potenzial durch Softwarelösungen, die ursprünglich zur qualitativen Analyse entwickelt wurden, sich aber gleichsam als „Brückentechnologien“ auch quantitativen Aspekten öffnen, etwa indem sie die strukturierte Auswertung offener Fragen in quantitativen Fragebögen ermöglichen. In der Software ist somit die Einladung zur Methoden-Triangulation bereits angelegt, was in der Methodenlehre und der Forschungssozialisation im Studium noch stärker genutzt werden könnte – mit dem Ziel, Studierende für das ganze Methodenspektrum zu begeistern und sie einen reflektierten eigenen Standpunkt entwickeln zu lassen.

Fazit

Es bleibt Aufgabe jeder kritischen Wissenschaft, – qualitative wie quantitative – hegemoniale Konzepte zu hinterfragen, gegen den Strich zu bürsten und auf blinde Flecken zu prüfen. Gleichzeitig sind empirische Bestandsaufnahmen unabdingbar, um sich wandelnde Geschlechterverhältnisse in Politiken sichtbar zu machen, ein historisches Bewusstsein zu schaffen (etwa für die Entwicklungslinien oder das Bewusstsein, auf umfangreiche konzeptionelle und methodische Vorarbeiten aufbauen zu können) und um die Hypothesenbildung anzuregen. Die Geschlechterforschung nimmt sehr wohl wahr, was der Mainstream der Disziplin forscht, doch ist dies umgekehrt nach wie vor nur sehr selten der Fall. In dieser Hinsicht ist die Transformation der Disziplin bisher ausgeblieben. Drittmittel für Geschlechterforschung und für die Entwicklung neuer Methoden oder Triangulation als Zuschlagskriterium für Projekte könnten durchaus methodologische Weiterentwicklungen anstoßen.

Anstatt zu überlegen, wie die Disziplin in der Politik und in der Öffentlichkeit sichtbar werden kann, würde es sich lohnen, jenseits smarter Strategien zur Politikbe-

ratung genauer hinzuschauen, wie heutige Anwendungen von Forschungsmethoden bereits Praxis und Wirklichkeit schaffen, somit das Feld verändern und nach einem reflektierten und ethischen Umgang verlangen. Damit eröffnet sich folgende Zukunftsvision für feministische Politikwissenschaft:

The future of gender and politics as a global discipline, we argue, must be feminist and open to plural traditions of theorising and researching, of epistemologies and methodologies. More than transforming the discipline, our subfield has the power to change the world by elevating new subjects and forms of knowledge (Ackerly/True 2018, 271).

Anmerkungen

- 1 Politics & Gender, Journal of Women, Politics & Policy sowie Politics, Groups, Identities
- 2 Ein Beispiel für eine solche Übersetzung ist das laufende Forschungsprojekte Supera (Supporting the Promotion of Equality in Research and Academia, superproject.org). Es widmet sich diesen Fragen und setzt Gender Equality Plans in die Hochschulpraxis um.

Literatur

Abels, Gabriele/Behrens, Maria, 2002: ExpertInneninterviews in der Politikwissenschaft. Geschlechtertheoretische und politikfeldanalytische Reflexion einer Methode. In: Bogner, Andreas/Littig Beate/Menz, Wolfgang (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Op-laden, 173-190.

Ackerly, Brooke/True, Jacqui, 2018: With or without feminism? Researching gender and politics in the 21st century. In: European Journal of Politics and Gender. 1 (1), 259-278.

Baur, Nina/Blasius, Jörg, 2019: Methoden der empirischen Sozialforschung – Ein Überblick. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, 1-28.

Behning, Ute/Lepperhoff, Julia, 1997: Policy-Forschung revisited. Zum theoretischen, methodischen und methodologischen Gehalt von Policy-Analysen. In: Femina Politica. 6 (1), 52-61.

Busch, Anne/Holst, Elke, 2010: Der Gender Pay Gap in Führungspositionen: Warum die Human-kapitaltheorie zu kurz greift. In: Femina Politica. 19 (2), 91-101.

Hirschauer, Stefan/Völkle, Laura, 2017: Denn sie wissen nicht, was sie lehren. „Empirische Sozialforschung“ als Etikettenschwindel. In: Soziologie. 46 (4), 417-428.

Hofmann, Jeanette, 1997: Über Repräsentation und Praktiken empirischer Forschung in der Po-litikwissenschaft. In: Femina Politica. 6 (1), 42-52.

Norkus, Maria/Baur, Nina, 2019: Feministische Methoden- und Wissenschaftskritik. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, 479-488.

Stauffer, Katelyn E./O'Brien, Diana Z., 2019: Fast friends or strange bedfellows? Quantitative methods and gender and politics research. In: European Journal of Politics and Gender. 2 (2), 151-171.

Weber, Max, 1919: Wissenschaft als Beruf, München.